

A4 Ackerland in Bäuer*innenhand – der regional verankerten Landwirtschaft den Zugang zum Boden ermöglichen

Antragsteller*in: LFG Land- und Forstwirtschaft sowie insbesondere: Dorothea Frederking (KV Altmark), Christoph Germeier (KV Harz), Jürgen Hartmann (KV Magdeburg), Helmut Hoffmann (KV Harz), Martina Hoffmann (KV Saalekreis), Jens Kiebjieß (KV Harz), Madeleine Linke (KV Magdeburg), Friedrich Rosenthal (KV Jerichower Land), Nils Rosenthal (KV Jerichower Land)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

141 Ohne Grund und Boden ist Landwirtschaft nicht möglich. Die landwirtschaftlichen
142 Flächen sind ihre Produktionsbasis. Der Boden gehört in die Hände und das
143 Bestimmungsrecht derjenigen, die ihn nachhaltig zur Sicherung der Ernährung
144 bewirtschaften und die an seinem Ort regional verankert sind sowie einen
145 persönlichen Bezug zu den Flächen haben. Eine maximale Gewinnorientierung darf
146 nicht prioritär sein, denn Boden ist existenziell für die Gesellschaft und damit
147 nicht vergleichbar mit anderen Vermögenswerten.

148 Regional verankerte Bäuer*innen und Landwirt*innen kennen die Bedingungen vor
149 Ort. So können sie zum Beispiel am besten Maßnahmen ergreifen, um die
150 Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel zu verbessern. Sie sichern
151 Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sorgen für lebendige und
152 lebenswerte Dörfer. Deshalb ist es wichtig, dass sie zur Weiterentwicklung von
153 Betrieben und für Neugründungen Zugang zum Boden bekommen und ihnen dieser nicht
154 von Großinvestor*innen weggeschnappt wird.

155 Doch leider ist der Bodenmarkt seit Jahren in der Schieflage. Hohe Kaufpreise
156 und außerlandwirtschaftliche und überregionale Bodenspekulation setzen der
157 Landwirtschaft zu.

158 Um diesen Ausverkauf zu stoppen, marktbeherrschende Stellungen zu verhindern und
159 der regional-verankerten Landwirtschaft Zugang zu den landwirtschaftlichen
160 Flächen zu ermöglichen, möge der Landesdelegiertenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
161 Sachsen-Anhalt folgende Handlungsschwerpunkte beschließen:

162
163 1. Das Bundesfinanzministerium soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium
164 für Ernährung und Landwirtschaft den Verkauf der landwirtschaftlichen
165 Nutzflächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) stoppen. In
166 Sachsen-Anhalt sind noch rund 20.000 Hektar vorhanden, die für agrarstrukturelle
167 Ziele verpachtet werden sollen – z.B. an Junglandwirt*innen oder an Betriebe,
168 die in besonderer Weise zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Werden
169 Flächen doch einmal verkauft, so müssen diese wieder in gleichem Umfang
170 zugekauft werden, damit der Flächenpool nicht weniger wird.
171 Das System der Grunderwerbsteuer muss grundlegend verändert werden, denn – im
172 Gegensatz zum Grundstücksverkehr – fällt bei einem Anteilskauf unter 90 Prozent
173 keine Grunderwerbsteuer an.

174 2. Auf Landesebene muss dringend eine landesrechtliche Regelung auf den Weg
175 gebracht werden, um die Anteilskäufe (Share Deals) an Unternehmen mit
176 landwirtschaftlichen Flächen zu regulieren. Beim mittelbaren Kauf von

177 landwirtschaftlich genutzten Flächen über Anteilskäufe besteht – anders als beim
178 Flächenkauf – keine Pflicht zur Beantragung einer Genehmigung oder einer
179 Zustimmung bei der Grundstücksverkehrsbehörde. Diese Lücke im Bodenverkehrsrecht
180 muss geschlossen werden. Da eine Regulierung von allen gewollt und damit relativ
181 unstrittig ist, soll sie im ersten Schritt angegangen werden. Eine entsprechende
182 Initiative hat die Landtagsfraktion bereits ins Parlament eingebracht und sie
183 muss nun dranbleiben, dass das Gesetz Transparenz dieser Kaufgeschäfte
184 gewährleistet und klare Versagungsgründe festlegt.

185 3. Die im öffentlichen Eigentum befindlichen landwirtschaftlichen Flächen – dazu
186 zählt auch der kommunale Grund und Boden - sollen gemeinwohlorientiert
187 verpachtet werden. Dazu sollen die Kommunalpolitiker*innen von BÜNDNIS 90/DIE
188 GRÜNEN einen Beschluss herbeiführen, sodass die Verwaltungsmitarbeiter*innen für
189 die Verpachtung einem Kriterienkatalog anwenden, der ökologische sowie soziale
190 Kriterien wie z.B. regionale Verwurzelung der Pächter*in, Arbeitskräfte,
191 durchschnittliche Schlaggröße, Auslauf für Rinder oder Strohhaltung von
192 Schweinen berücksichtigt. Vorhandene Kriterienkataloge wie der der AbL oder der
193 der Mitteldeutschen Kirche können zur Erarbeitung herangezogen werden.